

„KOMMUNEN AM LIMIT“

Bund und Länder müssen angesichts der kommunalen Finanzkrise endlich handeln

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Nordheim und Nordhausen,

die Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg stehen vor großen finanziellen Herausforderungen. Die kommunalen Haushalte geraten vielerorts an ihre Belastungsgrenzen. Damit wächst die Sorge, dass wichtige Aufgaben vor Ort künftig nicht mehr im gewohnten Umfang erfüllt werden können.

Kommunen kümmern sich um vieles, was unseren Alltag unmittelbar betrifft: Kindergärten und Schulen, Feuerwehr und Bevölkerungsschutz, Straßen und Infrastruktur, Integration, Klimaschutz, soziale Angebote und vieles mehr. Gleichzeitig steigen die Anforderungen und Standards stetig an. Oft werden den Kommunen neue Aufgaben übertragen, ohne dass die dafür notwendigen finanziellen Mittel in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden.

Diese Entwicklung betrifft nicht nur Städte und Gemeinden irgendwo in Deutschland – sie betrifft auch uns.

Bitte glauben Sie nicht, dass Nordheim von dieser Entwicklung verschont bleibt. Der finanzielle Handlungsspielraum unserer Gemeinde ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich kleiner geworden. Bereits bei der Beratung des Haushaltsplans 2026 haben wir darauf hingewiesen, dass ab dem Jahr 2027 mit einer deutlichen Verschlechterung unserer finanziellen Situation zu rechnen ist.

Inzwischen haben sich die Aussichten leider weiter eingetrübt. Die aktuellen Steuerschätzungen lassen geringere Einnahmen erwarten als bislang angenommen. Nach heutigem Stand müssen wir davon ausgehen, dass unsere laufenden Einnahmen auch in den kommenden Jahren nicht ausreichen werden, um die laufenden Ausgaben vollständig zu decken. Diese Entwicklung besteht nicht erst in der Zukunft. Bereits in den vergangenen Jahren konnten die laufenden Ausgaben nicht dauerhaft vollständig durch die laufenden Einnahmen finanziert werden. Zwar fiel die Finanzierungslücke je nach Jahr unterschiedlich aus, nach den aktuellen Prognosen ist jedoch auch in den kommenden Jahren keine grundlegende Verbesserung zu erwarten.

Vereinfacht gesagt: Die Kosten für den Betrieb unserer Einrichtungen, für Personal, Umlagen und viele weitere Pflichtaufgaben steigen schneller als unsere Einnahmen aus Steuern, Steueranteilen, Gebühren und Zuweisungen.

Das hat weitreichende Folgen. Wenn die laufenden Einnahmen nicht mehr ausreichen, bleibt kein finanzieller Spielraum für notwendige Investitionen. Stattdessen müssten Kredite aufgenommen oder Vermögenswerte verkauft werden, um die Finanzierung sicherzustellen. Beides kann jedoch keine dauerhafte Lösung sein.

Für unsere Gemeinde bedeutet dies, dass wir künftig noch sorgfältiger abwägen müssen, welche Projekte und Maßnahmen umgesetzt werden können. Nicht alles, was wünschenswert oder sinnvoll wäre, wird gleichzeitig finanzierbar sein.

Vor diesem Hintergrund beteiligen wir uns aus voller Überzeugung am bundesweiten kommunalen Aktionstag „*Kommunen am Limit*“, der heute am **22. Juni 2026** stattfindet. Die kommunalen Spitzenverbände wollen damit gemeinsam auf die schwierige finanzielle Lage der Städte, Gemeinden und Landkreise aufmerksam machen.

Dabei geht es nicht allein um zusätzliche finanzielle Unterstützung. Es geht auch um grundlegende Fragen:

Welche Aufgaben soll der Staat künftig übernehmen? Welche Standards sind dauerhaft finanzierbar? Wie können Kommunen mehr Handlungsspielraum und Eigenverantwortung erhalten? Und wie schaffen wir es, die Probleme vor Ort wieder stärker vor Ort lösen zu können?

Viele finanzielle Belastungen der Kommunen haben ihren Ursprung in Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene. Wer leistungsfähige Städte und Gemeinden erwartet, muss ihnen dauerhaft verlässliche finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen bieten.

Handlungsfähige Kommunen sind keine Selbstverständlichkeit. Sie sind eine wichtige Voraussetzung für Lebensqualität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen in unseren Staat. Deshalb ist es wichtig, dass die finanzielle Situation der Kommunen offen angesprochen wird – heute mehr denn je.

Ihre Gemeindeverwaltung Nordheim